



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rhenanus: Was hat das deutsche Volk aus den letzten sieben Jahren
gelernt?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 22. Mai 1921

Ich habe gesehen, daß man mit Mut
und Willenskraft alles überwindet.

Scharnhorst

Was hat das deutsche Volk aus den letzten sieben Jahren gelernt?

Von Rhenanus



In folgendem werden Sätze wiedergegeben, die man im besetzten Gebiet immer häufiger aus dem Munde einfacher Leute hören kann. Sie zeigen, daß die Erfahrungen unserer Leidensgeschichte nicht vergeblich gewesen sind, und geben denen, welche sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Massen national zu erziehen, Anhaltspunkte dafür, wie durch einfaches Aussprechen handgreiflich gewordener Wahrheiten den Volksverführern Gelände abgewonnen werden kann.

1. „Solange die Verräter und Angeber bei uns ungestraft ihr Haupt hoch tragen dürfen, kann es mit Deutschland nicht besser werden. Der Franzose hat seine Landsleute nie verraten, das haben wir während der Kriegsjahre in Frankreich selbst erlebt.“

Selbstsüchtiges Denunzianten- und Verrätertum wird allgemein verurteilt, aber noch hat der gutmütige und schwerfällige Deutsche kein Mittel gefunden, den Verrätern das Handwerk zu legen. Aber auch die Selbstbezüchtiger, welche den Standpunkt des Feindes sich zu eigen gemacht haben ohne unmittelbar selbstsüchtige Beweggründe, sondern aus verschwommenem Weltbürgertum oder weichlichem Nachgeben, haben den Resonanzboden in der Bevölkerung verloren. Die Macht der superflugen „Frankfurter Zeitung“ und ihrer Geistesverwandten über das Volk des besetzten Gebietes ist im Hinscheiden.

Grenzboten II 1921

2. „Wenn es dem Vaterland schlecht geht, muß es auch dem einzelnen schlecht gehen.“

Die Geschäftsstockung beginnt diese Lehre zu enthüllen, die bisher, im Fieberzustand unserer Wirtschaft während des Valuta-Umsturzes, noch nicht genügend heraustreten konnte. Der noch immer hochbezahlte Arbeiterstand vermag allerdings erst in seinem einsichtigeren Teil sich dieser Erkenntnis zu öffnen.

3. „Bei den Franzosen steht das Nationale über dem Politischen, bei uns ist alles Politik.“

Die Mißwirtschaft der weltbürgerlichen und utopischen Parteien in den Gemeinderäten und Gemeindeverwaltungen befördert zugleich mit der bürgerlichen Reaktion das Verständnis dafür, daß die nationalen Parteien realer, nüchterner, pflichtbewußter und praktischer handeln; die „Politiker“ sind infolge ihrer immer mehr erkannten Unproduktivität weithin in Mißkredit gekommen. Die nächsten Kommunalwahlen werden dies zahlenmäßig zeigen, und noch über das Zahlenmäßige hinaus dürfte diese Ernüchterung auch bei den dem Sozialismus und dem Zentrum eingeschworenen Massen wenigstens in der verminderten Energie ihrer Überzeugungen wirken.

4. „Es ist alles wie vor hundert Jahren. Die Franzosen werden sich den Kopf an der Wand einrennen, vorher freilich uns ruinieren. Wären wir einig, so würden sich die Franzosen ein derartiges Verhalten gar nicht herausnehmen. Das Schimpfen auf Preußen oder auf irgend einen anderen Teil Deutschlands ist schädlich und sinnlos geworden.“

Die Behauptung, daß ein wehrloses Volk sich mit seinen Nachbarn „verständigen“ könne, wird schon fast allgemein als Lüge empfunden. Es fehlt nur an den unparteiischen und allgemein anerkannten Persönlichkeiten, um diese offiziell noch vielfach aufrecht erhaltene lügnerische Hoffnung der allgemeinen Verachtung und dem Zorn der heute noch so stumpfen Menge preiszugeben.

5. „Die, welche dem Machistaat abschwören, haben am meisten dazu beigetragen, auch die Freiheit zu zerstören.“

Heute handelt es sich nicht mehr um Macht, sondern nur um Freiheit; auch keine Verbesserung der Lage einzelner Volksschichten gegenüber anderen hilft irgend etwas, bevor nicht die äußere Freiheit wieder errungen ist.

6. „Gäßen wir nur ein Zehntel der jetzt dem Feinde geschuldeten 132 Milliarden Goldmark auf die eigene Wehrkraft gewendet, so würden wir jetzt jene nicht zahlen brauchen. Weshalb legten wir die jetzt jährlich von uns geforderten 80 Papiermilliarden nicht lieber früher einmalig in Kanonen an?“

Eine anschauliche Gegenüberstellung aller Dividendeneträge der deutschen Industrie auf der einen Seite, der erpreßten Zahlungen an die Entente andererseits beginnt heute auf die Massen zu wirken. Sie sind zum großen Teil schon empfänglich dafür, daß die Summen, welche sie für ihre Arbeitgeber so ungern erarbeiten, verschwindend gering sind im Vergleich zu den Summen, welche sie jetzt für die Feinde erschuften müssen.

Die Franzosen sind nicht in der Lage, ganz Deutschland zu besetzen und insolgedessen vermögen sie auch nicht zu verhindern, daß in dem äußerlich frei verbliebenen Teil Deutschlands eine entsprechende Nutzenwendung aus den Erfahrungen gezogen wird, welche die Bevölkerung der besetzten Gebiete handgreif-

lich und anschaulich zu machen begonnen hat. Das deutsche Volk soll sich jetzt alljährlich um die Summen schröpfen lassen, welche es unumgänglich nötig zu seinem eigenen Lebensunterhalt, für seine Schulen, Krankenhäuser, Versicherungen, Straßenbau, Schaffung von Arbeitsstätten, überhaupt für die Möglichkeit zu leben und zu wirken benötigt. Daß eine solche Lehre die Anschauungswelt des Volkes verändert, wäre selbst bei Chinesen anzunehmen.



Parteipolitik in den Gemeinden

Von Loeber, Stadtrat (Kassel)



seit den Neuwahlen im Frühjahr 1919 sind die Stadtverordnetenversammlungen im parteipolitischen Sinne politisiert worden. Es wird keine größere Gemeinde mehr geben, wo dies nicht der Fall ist, selbst in kleineren Orten sind die Wahlen nach diesem Gesichtspunkte vollzogen. Nachdem alsdann im Herbst desselben Jahres die Neuwahlen der unbesoldeten Magistratsmitglieder folgten, gilt dies nun auch von den Magistraten, in denen sich nur noch vereinzelt fraktionslose besoldete Mitglieder befinden. Jetzt herrschen die politischen Parteien in den Kommunalverwaltungen. Anders war es vordem! Wenn früher auch schon in einigen Städten die Politisierung durchgeführt war, so traf dies doch nur in kleinem Umfange zu; man wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß zuvor in der Mehrzahl der Gemeinden sich die Gemeindeförperschaften in politische Parteien nicht gliederten. Allerdings, die Sozialdemokratie machte regelmäßig eine Ausnahme, sie trat da, wo sie in den Gemeindeförperschaften Sitze inne hatte, als politische Partei mit Entschiedenheit auf; und im Westen standen sich stellenweise Liberale und das Zentrum gegenüber. Fragt man, wie sich diese Wandlung sachlich durch kommunale Notwendigkeiten erklärt, so fällt es schwer, eine befriedigende Antwort zu finden. Hatten sich die kommunalen Körperschaften in ihrer bisherigen Gruppierung bewährt? Hatten sie das Interesse der Kommune gewahrt? Die Leistungen der Gemeinden vor dem Krieg, erst recht aber die während des Krieges sprechen ein deutliches Ja! Die deutschen Stadtgemeinden waren Muster eines gesunden Fortschrittes. Als die politischen Parteien bei der Neubildung der Gemeindevertretungen allgemein mit ihren Listen für die Wahlen auftraten, mag dies hier und dort deshalb geschehen sein, weil die Vertreter der nichtsozialdemokratischen Richtungen glaubten, sie könnten der Sozialdemokratie im Wahlkampf besser begegnen, wenn sie die nichtsozialdemokratischen Wähler unter parteipolitischer Parole zur Wahl aufriefen. Ausschlaggebend war aber doch ein anderes. Nach der Revolution fühlten sich die politischen Parteien zu einer gewaltigen Macht